

**„Jobs für Deutschland“**

**Statement**  
**des Bayerischen Staatsministers**  
**für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

**Erwin Huber**

**Anlässlich der ifo Jahresversammlung 2006-06-28**

Die seit dem 70er Jahren stetig ansteigende Sockelarbeitslosigkeit ist das fundamentale Problem Deutschlands. Mit 7 bis 8 Mio. Arbeitslosen liegt das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Deutschland weit über den amtlich ausgewiesenen Zahlen (Mai 2006: 4,5 Millionen). Weder die Teilnehmer an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (Qualifizierung, Maßnahmen für Jüngere, ABM, SAM etc.) noch die Kurzarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitstellen), geschweige denn die Arbeitslosen im Vorruhestand und die stille Reserve sind darin enthalten. Gerade für Geringqualifizierte und langzeitarbeitslose ist die Lage am Arbeitsmarkt bedrückend.

*Schleichende Deindustrialisierung*

Besonders zur Sorge Anlass gibt der dramatische Beschäftigungsabbau in der Industrie. Allein im Zeitraum Juni 1992 bis Juni 2005 – also in nur 13 Jahren – sind in Deutschland von ursprünglich knapp 10 Mio. Industriearbeitsplätzen 3,3 Mio., also ein Drittel, verloren gegangen. Diese Beschäftigungsverluste konnten durch den strukturellen Wandel hin zum Dienstleistungssektor auch nicht annähernd kompensiert werden:

Für 64 Prozent der in der Industrie weg gebrochenen Arbeitsplätze gab es im Dienstleistungssektor keinen Ersatz. Die Folgen für Wachstum, Wohlstand, Sozialfinanzen und Steuereinnahmen sind bekanntlich fatal.

### *Fundamentale Herausforderungen halten an*

Der aktuelle Rückgang der Arbeitslosigkeit, der sich im Juni erfreulicherweise fortgesetzt hat, darf nicht als Zeichen der Entwarnung fehlinterpretiert werden. Die harten Stellenabbaupläne bei einer Reihe von DAX-Unternehmen unterstreichen den anhaltend hohen Reformbedarf. Unabhängig davon muss Deutschland neben den wiedervereinigungsbedingten Lasten mit drei fundamentalen Herausforderungen gleichzeitig fertig werden.

1. EU-Osterweiterung und Globalisierung führen zu einem verschärften Standortwettbewerb mit Billiglohn- und Niedrigsteuerländern sowie EU-Höchstfördergebieten, der inzwischen auch weit in den Dienstleistungssektor hineinreicht.
2. Der beschleunigte Wandel zur wissensbasierten Dienstleistungs- und Industriegesellschaft stellt Technologievorsprünge und Alleinstellungspositionen auf den Märkten immer schneller in Frage.
3. Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung werden ab 2010 zu gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes und die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme führen. Naiv wer glaubt, durch die demographische Entwicklung werde sich die Massenarbeitslosigkeit quasi von selbst in Luft auflösen.

### *Politik muss für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen sorgen*

Die beschäftigungspolitische Aufgabe kann nicht darin bestehen, jeden Arbeitsplatz zu zementieren, bis hin zu einem protektionistischen Rückzug in die „Festung

Europa“. Eine solche Absage an Marktwirtschaft und Wandel wären unweigerlich das Ende jeder Wirtschaftsdynamik. Strukturkonservierung ist zudem der schnellste Weg in den Staatsbankrott. Gleiches gilt, wenn die öffentliche Hand als Ersatz-Arbeitgeber einspringen würde.

Der Staat muss schlanker werden. Mehr Markt, ein wirtschaftsfreundliches Klima und mehr Eigenverantwortung sind Grundvoraussetzungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Mit punktuellen staatlichen Interventionen ist es nicht mehr getan. Eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik im Sinne einer Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft mit folgender Dreifach-Strategie ist unabdingbar:

#### *1. Investitions- und Innovationsoffensive zugunsten neuer Arbeitsplätze*

Wir müssen die dynamischen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft systematisch stärken. Es muss genügend Neues entstehen, um die im Wettbewerb und strukturellen Wandel unvermeidlichen Betriebs- und Arbeitsplatzverluste kompensieren zu können.

Es geht zunächst einmal darum, die Wirtschaft zu entfesseln, d.h. lähmende Bürokratie und überzogene Regulierungen auf Güter- und Dienstleistungsmärkten abzubauen und damit den Wettbewerb zu intensivieren. Existenzgründer müssen ermutigt und unterstützt, die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft des Mittelstandes gestärkt werden. Dabei spielt die geplante Große Unternehmensteuerreform eine entscheidende Rolle. Deutschland muss durch niedrigere Körperschaftsteuersätze nicht nur attraktiver für internationales Investitionskapital werden. Wir brauchen auch eine steuerliche Entlastung für die Personenunternehmen im Mittelstand. Hinzutreten muss eine Erbschaftsteuerreform zum 1.1.2007, die den Betriebsübergang steuerfrei stellt, wenn das Unternehmen zehn Jahre lang von den Erben fortgeführt wird. Auch das erhält Investitionskraft und sichert Arbeitsplätze.

Deutschland als Hochkostenstandort ist zur Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung vor allem aber auch auf permanente Innovationen angewiesen.

Qualitativ hochwertige Produkte sowie anspruchsvolle Dienstleistungen müssen zu neuer Wertschöpfung und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen. Die Entwicklung, Produktion und Anwendung neuer Hochtechnologie bietet auf breiter Front neue Beschäftigungschancen – angefangen bei IuK und Life Sciences, über die Medizin- und Umwelttechnik bis hin zu neuen Materialien und der Satelliten-Navigation. Damit lässt sich auch die industrielle Basis Deutschlands erfolgreich verteidigen.

Gleichzeitig geht es darum, die großen gesellschaftlichen Trends in neue Dienstleistungs-Arbeitsplätze umzusetzen (Ausbau der unternehmensnahen Dienstleistungen, Forschung, Wachstumsmarkt Gesundheit, Betreuung, Finanzberatung und Zukunftsvorsorge, Tourismus und Freizeitwirtschaft, Bildung und Weiterbildung, Transport und Logistik, Medien und Unterhaltung etc.). Neue industrielle Produkte und Dienstleistungen eröffnen zugleich neue Absatzchancen auf den internationalen Märkten, die beschäftigungswirksam genutzt werden müssen.

In Bayern setzen wir seit Jahren erfolgreich auf eine offensive Modernisierungs- und Innovationspolitik. Mit der Cluster-Offensive „Allianz Bayern Innovativ“ führen wir diese Strategie fort: Wir wollen die Netzwerke zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aber auch die Zusammenarbeit mit Dienstleistern und Kapitalgebern in ganz Bayern ausbauen und stärken. Das geschieht in 19 landesweiten Clusterplattformen. Ziel ist es, die Innovationsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft weiter zu erhöhen. Die zweite Säule der „Allianz Bayern Innovativ“ widmet sich brachenübergreifend der Stärkung regionaler Wachstums- und Beschäftigungspotenziale.

## *2. Strikte Kostendisziplin zur Erhaltung preislicher Wettbewerbsfähigkeit*

Überall dort, wo es nicht gelingt, Vorsprungsgewinne durch Innovationen zu verteidigen, müssen wir durch strikte Kostendisziplin billiger werden, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Eine Stabilisierung der inländischen Konsum- und Investitionsgüternachfrage kann nicht über kräftige Lohnerhöhungen erfolgen, sondern nur über die Stabilisierung der Beschäftigung. Insofern sind maßvolle

Lohnabschlüsse auf absehbare Zeit beschäftigungspolitisch unabdingbar. Betriebliche Bündnisse für Arbeit können und müssen einen Beitrag zu maßgeschneiderten betriebsindividuellen Lösungen leisten. Flankierend müssen die gesetzlichen Lohnzusatzkosten, d.h. der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung auf unter 40 % gesenkt werden. Die Versorgung mit Energie muss auf der Basis eines breiten Energiemixes unter Einschluss der Kernenergie und von mehr Wettbewerb preisgünstig bleiben.

### *3. Aktivierung des Niedriglohnsektors*

Um den Verlierern des Modernisierungs- und Globalisierungsprozesses eine glaubwürdige Perspektive zu vermitteln, muss darüber hinaus der Niedriglohnsektor ausgebaut werden. Das bedeutet:

- Verbesserung der Anreize zur Arbeitsaufnahme unter Beachtung des Lohnabstandsgebots;
- Stärkere Spreizung der Lohnsätze nach unten;
- Beseitigung von arbeitsrechtlichen Hemmnissen, die eine Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage in diesem Bereich entgegenstehen;
- soweit Arbeitsplätze angeboten, aber von Hilfeempfängern nicht angenommen werden, die konsequente Anwendung der Sanktionsregelungen des § 31 SGB-II.

Wandeln muss sich hier auch das gesellschaftliche Bewusstsein: Einfache, gering bezahlte Arbeit anzubieten, darf nicht als anmaßend abqualifiziert werden. Solche Arbeiten zu erledigen, ist nicht unwürdig.

### *Vollbeschäftigung ist erreichbar*

Entgegen manchen Befürchtungen muss auch einer hoch entwickelten Volkswirtschaft keineswegs die Arbeit ausgehen. Vollbeschäftigung ist auch im 21. Jahrhundert keine Utopie. Die Entwicklung in Bayern ist dafür ein Beispiel: Im

Gegensatz zum Bund haben wir im zurückliegenden Jahrzehnt die Beschäftigungsbilanz annähernd ausgeglichen gestalten können. Im Jahr 2000 war der Süden Deutschlands praktischer Vollbeschäftigung bei einer Arbeitslosenquoten von unter 5 % bereits sehr nahe.

Deutschland insgesamt hat genügend Potenziale, um seine Beschäftigungsprobleme zu bewältigen, vorausgesetzt alle Verantwortlichen machen wirklich ernst mit dem „Vorrang für Arbeit“.